

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 05./06.07.2005

3. Zuständige Einzugsstelle nach § 28h Abs. 2 SGB IV bei erstmaliger versicherungsrechtlicher Beurteilung für zurückliegende Zeiten
-

- 426.0 -

Nach § 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV entscheidet die Einzugsstelle über die Versicherungspflicht und die Beitragshöhe in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung. Zuständige Einzugsstelle ist nach § 28i SGB IV die Krankenkasse, von der die Krankenversicherung durchgeführt wird. Für Arbeitnehmer, die bei keiner Krankenkasse versichert sind, werden die Beiträge zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung an die Einzugsstelle gezahlt, die der Arbeitgeber in entsprechender Anwendung des § 175 Abs. 3 Satz 2 SGB V gewählt hat, d.h. an die Krankenkasse, von der zuletzt die Krankenversicherung durchgeführt wurde oder - mangels einer solchen - an die vom Arbeitgeber bestimmte Krankenkasse.

Insbesondere im Zusammenhang mit Anträgen auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist u.U. eine Entscheidung nach § 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV auch für zurückliegende Zeiten erforderlich, wenn seit Aufnahme der Beschäftigung die Beiträge in schlichtem Verwaltungshandeln lediglich entgegen genommen wurden. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, welche Krankenkasse für die Entscheidung nach § 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV zuständig ist, wenn im Laufe der zu beurteilenden Beschäftigung die Krankenkassenmitgliedschaft gewechselt hat.

Die Besprechungsteilnehmer vertreten die Auffassung, dass die Einzugsstelle eine Entscheidung nach § 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV jeweils nur für die Zeit treffen kann, in der sie den Arbeitnehmer als Mitglied geführt hat bzw. in der der Arbeitnehmer bei ihr gemeldet war. Sofern der Arbeitnehmer in der Zeit, für die eine versicherungsrechtliche Beurteilung vorzunehmen ist, bei mehreren Krankenkassen versichert bzw. gemeldet war, sollte die (zuerst) um eine versicherungsrechtliche Beurteilung angegangene Krankenkasse die anderen betroffenen Krankenkassen in den Entscheidungsprozess mit einbinden.

- unbesetzt -